

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Baureferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Referatsgeschäftsleitung	Federführung: Baureferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden des Baureferates; Umsetzungskonzept		

### 1. Aufgabe

#### 1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 14.12.2016 zur Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07788) muss das Baureferat ein Umsetzungskonzept für das Neue Technische Rathaus vorlegen. Zur Erhöhung der Sicherheit sieht das Konzept zusätzliches Sicherheitspersonal für eine regelmäßige Bestreifung des Dienstgebäudes Friedenstraße 40 (Neues Technisches Rathaus) vor.

#### 1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe

freiwillige Aufgabe

bürgernahe Aufgabe

Daueraufgabe

zeitlich begrenzte Aufgabe

#### Begründung:

Die Sicherstellung der Beschäftigtensicherheit an sich ist zwar als Teil des Arbeitsschutzes eine Pflichtaufgabe aufgrund der §§ 3 und 4 ArbSchG bzw. § 3a ArbStättV, die vorgeschlagene Ausweitung ist jedoch eine freiwillige Aufgabe (optionale Maßnahme des im o.g. Beschluss verabschiedeten Sicherheitskonzeptes).

Es handelt sich um eine Daueraufgabe, da nicht absehbar ist, dass sich die allgemeine Sicherheits- und Beschlusslage signifikant ändert.

#### 1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe

neue Aufgabe

quantitative  
Aufgabenausweitung

#### Erläuterung:

In den Hauptgeschäftszeiten für den Parteiverkehr des Baureferates soll eine zusätzliche externe Kraft den vorhandenen Sicherheitsdienst verstärken. Dadurch kann während dieser Zeitspanne eine ständige Bestreifung des Gebäudeinneren, insbes. der sensiblen Bereiche (z.B. die Büros der Gefährdungsstufe III, die Tiefgarage sowie das Untergeschoss) sichergestellt werden. Nach Mitteilung der Vergabestelle 1 betragen die jährlichen Mehrkosten voraussichtlich ca. 35.000 €. Ohne die zusätzlichen Mittel kann die Maßnahme nicht umgesetzt werden.

### 2. Finanzielle Auswirkungen

#### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€

2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	35.000 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	35.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

### 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

### 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

### 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung: